

AUF DEM WEG ZU EINER „NORMALEN NATION“? EINE ANALYSE DER SICHERHEITSPOLITISCHEN REFORMEN UNTER ABE

Raymond YAMAMOTO

1. EINLEITUNG

In seiner Amtsantrittsrede am 29. September 2006 kündigte der damals frisch gewählte Premierminister Shinzō Abe von der Liberaldemokratischen Partei (LDP, *Jiyūminshu-tō*) an, mit „Mut“ zahlreiche Reformen durchzusetzen, damit Japan wieder „stolz“ auf sich sein könne (Kantei 2006b). Dazu zählt auch die Sicherheitspolitik. Bereits während seiner ersten Amtszeit stand die Reform der japanischen Sicherheitspolitik weit oben auf der politischen Agenda des überzeugten Nationalisten.¹ Für besonders großes Aufsehen sorgte dabei ein sicherheitspolitisches Reformpaket, das am 19. September 2015 verabschiedet wurde und die militärischen Einsatzmöglichkeiten der Japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte (*Self Defense Forces* [SDF], *Jieitai*) erweitert. Die Reform löste die größten zivilgesellschaftlichen Demonstrationen seit den 1960er Jahren in Japan aus² und wurde weithin als Ende des japanischen Pazifismus verstanden (*Japan Times* 19.9.2015). Die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums Hong Lei kommentierte, dass Abe damit die radikalsten militär- und sicherheitspolitischen Reformen in Japan seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf den Weg gebracht habe (*Xinhua* 19.9.2015). Doch wie weitreichend ist der Wandel durch die Reformen Abes tatsächlich? Handelt es sich

¹ Zur Definition von „Nationalist“ im Kontext dieses Kapitels siehe Abschnitt zwei. Abes nationalistischer Standpunkt drückt sich u. a. in seiner aktiven Mitgliedschaft in der *Nippon Kaigi* (Japan Vereinigung) aus. Als parteiungebundene Vereinigung, die die japanische Nachkriegspolitik insbesondere durch die US-Besatzung geprägt sieht, zielt sie darauf ab eine nationalbewusstere Politik zu schaffen. Ähnliche Ansichten sind in Abes Buch *Atarashi kuni e utsukushi kuni e* (dt.: Auf dem Weg in ein neues und schönes Land) (Abe 2013) zu finden.

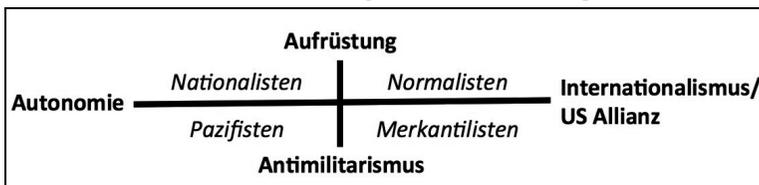
² Nach Angaben der Veranstalter, zu denen u. a. die studentische Organisation SEALDs (*Student Emergency Action for Liberal Democracy*) zählte, nahmen teilweise über 120.000 Menschen an den Demonstrationen gegen die Verabschiedung des Gesetzespaketes teil. Damit zählten diese Demonstrationen zu den größten in Japan seit 1960, als der Sicherheitsvertrag mit den USA erneuert wurde (*Japan Times* 30.8.2015).

dabei wirklich um eine epochale Kehrtwende in der japanischen Sicherheitspolitik? Bislang fehlen fundierte wissenschaftliche Analysen, welche diese Frage in einem größeren politischen Kontext behandeln. Unter Nutzung von qualitativen Inhaltsanalysen von ausgewählten Regierungsdokumenten und Experteninterviews versucht dieser Beitrag die bestehende Lücke zu schließen. Dabei wird argumentiert, dass Abes Reformen wichtige Schritte für einen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel legen, dieser Wandel jedoch nicht alleine auf die Initiative Abes zurückgeführt werden kann. Er ist vielmehr das Ergebnis von langfristigen Veränderungen, die bereits mit dem Ende des Kalten Kriegs einsetzten.

2. JAPANS SICHERHEITSPOLITISCHE NORMEN IM WANDEL

Als Japan nach dem Zweiten Weltkrieg seine volle Souveränität mit dem Friedensvertrag von San Francisco 1951 wiedererlangte,³ sah sich das Land mit schwierigen Entscheidungen hinsichtlich seiner sicherheitspolitischen Strategie konfrontiert. Inmitten des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts, ergaben sich, so die Politikwissenschaftler Yonosuke Nagai und Mike Mochizuki, zwei zentrale Dichotomien in der japanischen Sicherheitsdebatte. Erstens zwischen den Positionen ob Japan sich neutral verhalten oder sich den USA anschließen sollte. Zweitens zwischen der Befürwortung der Wiederbewaffnung Japans oder einer pazifistischen Haltung (Nagai 1985; Mochizuki 1983). Entlang dieser Fragen entwickelten sich in der Nachkriegsgeschichte vier einflussreiche politische Positionen, die bis heute zentral in der japanischen Sicherheitsdebatte sind. Die Vertreter der jeweiligen Positionen lassen sich als Pazifisten, Merkantilisten, Normalisten, und Nationalisten beschreiben.

Abb. 1: Der sicherheitspolitische Diskurs in Japan



Quelle: eigene Darstellung nach Hirata (2008: 127) und Samuels (2007: 128).

³ Mit der bedingungslosen Kapitulation 1945 wurde Japan zunächst einer von US-General Douglas MacArthur geführten alliierten Besatzungsadministration unterstellt.

Die Position der japanischen Pazifisten ist stark antimilitaristisch. Sie stehen für eine unbewaffnete neutrale Haltung Japans, da sie befürchten, Japan könne in kriegerische Auseinandersetzung verwickelt werden. Ihre Ansicht sehen sie durch die geschichtliche Tatsache bestätigt, dass, einmal abgesehen vom Invasionsversuch der Mongolen im zwölften Jahrhundert, die bisherigen Kriege, in denen Japan aktiv war, auch von Japan ausgegangen sind. Die Merkantilisten sind davon überzeugt, dass militärischer Schutz unbedingt notwendig ist, wollen allerdings den japanischen Beitrag dafür so gering wie möglich halten. Die Allianz mit den USA wird als Fundament der nationalen Sicherheit betrachtet, der japanische Beitrag zur Allianz soll sich jedoch auf finanzielle Mittel beschränken. Damit kann der militärische Schutz weitestgehend den USA überlassen werden, und Japan sich primär auf den Ausbau der eigenen Volkswirtschaft konzentrieren. Die Normalisten erachten den Schutz durch die USA zwar als notwendig, jedoch als nicht ausreichend. Als eine globale Wirtschaftsmacht trage Japan eine sicherheitspolitische Verantwortung für sich selbst und ebenso für die Weltgemeinschaft. Nach diesem Verständnis gilt es die Autonomie in Sicherheitsfragen, etwa durch die Stärkung des Militärs, auszubauen, um Japans nationale Sicherheit gewährleisten zu können. Im äußerst rechten Spektrum der politischen Landschaft Japans stehen die Nationalisten, welche die „Wiederherstellung von Stolz und Selbstbewusstsein“ anstreben, die ihrer Meinung nach stark unter der US Besatzung gelitten haben. Sie halten nationale Werte wie Kultur und Tradition hoch und befürworten eine militärisch starke und unabhängige Nation. Zur Wahrung der nationalen Sicherheit fordern sie u. a. den Erwerb von Nuklearwaffen (Hirata 2008; Nagai 1985; Mochizuki 1983; Pyle 1982; Samuels 2007).

Tatsächlich wurde Japans Nachkriegspolitik zunächst stark durch die merkantilistische Idee geprägt. Eine zentrale Figur spielte dabei der damalige Premierminister (1946–1947 und 1948–1954) Shigeru Yoshida, der zudem Namensgeber für die merkantilistische Leitlinie des Landes wurde, die als Yoshida-Doktrin bezeichnet wird. Japan wurde dadurch zu einer „Händlernation“ (*chōnin kokka*), wie es der ehemalige Vizeminister des einflussreichen Ministeriums für Internationalen Handel und Industrie (MITI, *Ministry of International Trade and Industry*),⁴ Naohiro Amaya (1979–1981), ausdrückte. Die Macht, so Amaya, liege nicht bei den „Samurais“, sondern bei den „Händlern“, weshalb das Land nicht zögern sollte, sich „militärischen Schutz“ zu erkaufen (Amaya 1980).

Die stark wirtschaftlich ausgerichtete Außenpolitik Japans war so erfolgreich, dass einige Wissenschaftler Japans Außenpolitik sogar für ein

⁴ Vergleiche hierzu *MITI and the Japanese Miracle* von Chalmers Johnson (1982).

erstrebenswertes Modell hielten.⁵ Die Tatsache, dass Japan in weniger als drei Jahrzehnten zu einer globalen Wirtschaftsmacht avancierte, wirkte demzufolge wie eine eindrucksvolle Bestätigung dieser Politik. Während des Kalten Kriegs konnte Japan die merkantilistische Politik bzw. die Yoshida-Doktrin ohne Bedenken verfolgen, da aufgrund seiner geostrategisch bedeutsamen Lage im Kampf gegen den Kommunismus die USA bereit waren, die ungleiche militärische Aufgabenverteilung hinzunehmen (Samuels 2008b: 4).⁶ Selbst als das Land längst den Status einer globalen Wirtschaftsmacht erlangt hatte, blieb Japan in militärischen Fragen passiv. Japans außenpolitische Strategie wurde oft als „Scheckbuch-Diplomatie“ bezeichnet. Im Rahmen dieser Strategie finanzierte Japan die im eigenen Land stationierten US-Truppen (*host nation support*) und unterstützte die USA bei der wirtschaftlichen Entwicklung von asiatischen Ländern unter Nutzung seiner staatlichen Entwicklungshilfe (*Official Development Assistance*, ODA) (Söderberg 2010: 102).

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs änderte sich die Situation. Japan sah sich gezwungen, seine Sicherheitsstrategie, die sich bisher nahezu gänzlich auf die Militärmacht USA stützte, zu überdenken. Auf Grund des Zerfalls des kommunistischen Mächteblocks und des damit verbundenen engeren Militärbudgets,⁷ waren die USA nicht länger bereit Japans Zurückhaltung in militärischen Belangen hinzunehmen. Dies offenbarte sich 1990 als Japan die von den USA gewünschte Beteiligung seiner SDF an dem von der UN legitimierten Einsatz zur Befreiung Kuwaits ablehnte – aufgrund von institutionellen Hürden und internem Druck. Nicht nur aus den USA, sondern auch aus der internationalen Gemeinschaft, hagelte es dafür Kritik, obwohl sich Japan mit einer finanziellen Beteiligung von 13 Milliarden US-Dollar äußerst großzügig zeigte (Nakanishi 2011). Ihre veränderte Erwartungshaltung brachten die USA in einem Strategiepapier für die ostasiatische und pazifische Region (*United States Security Strategy for the East Asia-Pacific Region*, auch als *Nye Report* oder *East Asia Strategic Report* bekannt), 1995 zum Ausdruck: mit dem Ende des Kalten Kriegs würde nun ein größeres militärisches Engagement zum Erhalt der regionalen Stabilität auch seitens der asiatischen Allianzpartner⁸ erwartet (US Department of Defense 1995).

⁵ Vergleiche hierzu *Japan as Number One* von Ezra F. Vogel (1979).

⁶ Premierminister Yasuhiro Nakasone (1982–1987) bezeichnet Japan 1983 als „unsinkbare[n] Flugzeugträger im Pazifik“, der die USA im Kampf gegen den Kommunismus unterstützt (Washington Post 1983).

⁷ Siehe hierzu *Trends in U. S. Military Spending* von Dinah Walker (2014).

⁸ Japan, Südkorea, Australien, die ASEAN-Staaten, Neuseeland sowie die pazifischen Inseln.

Japanische Politiker bezeichnen die Folge des innenpolitischen Scheiterns einer militärischen Beteiligung an der Befreiung Kuwaits als „traumatische“ Erfahrung, die zu einem Umdenken in der Sicherheitspolitik führte (*Japan Times* 20.12.2015). Die Taiwankrise (1996)⁹ und Nordkoreas Taepodong-Raketentest (1998)¹⁰ unterstrichen die Dringlichkeit, die japanische Sicherheitspolitik einer sich verschlechternden regionalen Sicherheitslage anzupassen, so Akihisa Nagashima (2011–2012), Sicherheitsberater der Administration von Premierminister Yoshihiko Noda (2011–2012). Die Situation habe sich im neuen Jahrtausend durch Piraterie, Extremismus sowie durch Chinas aggressive Demonstration seiner Territorialansprüche sogar weiter verschärft.¹¹ Die Wahrnehmung einer sich verschlechternden Sicherheitslage ist dabei nicht allein auf die Politik beschränkt, sondern wird auch in der Bevölkerung so verstanden. In einer 2015 veröffentlichten Regierungsumfrage zeigte sich, dass im Jahr 2014 75,5 % der Befragten eine Verwicklung Japans in einen militärischen Konflikt als wahrscheinlich einstufen. Zwar befürwortete nur eine Minderheit von 29,9 % eine Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit, doch das waren viermal so viele wie noch 1991, als sich nur 7 % der Befragten in diesem Sinne äußerten (Cabinet Office 2015).

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Widerwillens der USA, die alleinige militärische Verantwortung in der Allianz zu übernehmen und angesichts einer wachsenden Zahl von Konflikten in Asien, mit denen sich Japan konfrontiert sah, gewannen die Normalisten stetig an Einfluss. Ihr Hauptargument war dabei, dass Japan unter einem großen Druck stehe autonomer und engagierter in Sicherheitsfragen zu handeln. Diese Meinung setzte sich nicht nur innerhalb der LDP, sondern allmählich auch in anderen Parteien wie der Demokratischen Partei Japans (DPJ, *Minshu-tō*) durch (Hirata 2008: 131).

⁹ 1995 gestatteten die USA dem taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui die Einreise, was China als eine diplomatische Ankerkennung Taiwans als eigenständigen Staat verstand. Es folgten massive chinesische Militärübungen mit Raketentests nahe der taiwanesischen Küste, die beinahe zu einem militärischen Konflikt mit den USA geführt hätten.

¹⁰ Im August 1998 testete Nordkorea erfolgreich eine Taepodong-1 Rakete, die japanisches Territorium überflog. Damit war klar, dass Japan fortan in Reichweite nordkoreanischer Raketen liegt.

¹¹ Interview des Verfassers mit Nagashima am 7. März 2015.

3. DIE „DEFIZITÄRE“ SICHERHEITSPOLITISCHE ARCHITEKTUR JAPANS

Nach 1945 konzentrierte sich Japan zunächst lange auf die Sicherstellung hohen Wirtschaftswachstums, das primär auf komplexe Handels- und Produktionsnetzwerke mit anderen Ländern aufbaute (Arase 1995: 145). Die wirtschaftspolitische Orientierung war dabei tief in das politische System des Landes eingebettet (Pempel 1997: 340), was sich etwa daran zeigt, dass viele wichtige politische Entscheidungen häufig informell zwischen Abgeordneten mit starken Verbindungen zur Privatwirtschaft (*zoku-giin*) und Vertretern der Bürokratie getroffen wurden. Nationale Strategien, welche nicht die Wirtschaft betrafen, fanden lange Zeit nur wenig Beachtung. Diese Entwicklung wurde durch ein Wahlsystem¹² gefördert, das eine innerparteiliche Konkurrenz zwischen Wahlkreiskandidaten schuf und eine enge Verbindung zur Privatwirtschaft notwendig machte um den eigenen Wahlerfolg sicherzustellen (Kato 2006; Stockwin 2008: 135–155).

Innerhalb dieses Systems gab es kaum politische Anreize, Institutionen zu schaffen, die sich mit der Sicherheit des Landes befassten. Obwohl eine Verteidigungsbehörde existierte, war ihr Handlungsspielraum stark eingeschränkt, etwa durch gesetzliche Bestimmungen (*Act for Establishment of the Ministry of Defense*), die sie unter zivile Kontrolle stellten.¹³ Lange Zeit übernahmen andere Ministerien, vor allem das Außen-, das Finanz-, und das Wirtschaftsministerium, de facto die Führung der Verteidigungsbehörde (Katzenstein 1996: 100). Dies än-

¹² Vor 1994 wurde der Großteil der Kandidaten in Mehrmannwahlkreisen gewählt. Dies machte es vielfach notwendig mehrere Kandidaten einer Partei aufzustellen. Durch die enge Bindung an bestimmte wirtschaftliche Interessen im Wahlkreis konnte sichergestellt werden, dass die einzelnen Kandidaten ausreichend Unterstützung erhielten ohne den Wahlerfolg des anderen Parteikandidaten zu gefährden. In einer Reform 1994 wurden die Mehrmannwahlkreise durch Einmannwahlkreise ersetzt und mit einer Parteiliste ergänzt. Dadurch sind Kandidaten gezwungen breitere Wählerschichten anzusprechen als zuvor.

¹³ Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verweigerten die politischen Entscheidungsträger in Japan der Verteidigungsbehörde (*Bōei-chō*) den Status eines Ministeriums (*-shō*). Der Grund dafür war ein großes Misstrauen der Nachkriegspolitiker gegenüber dem Militär. Erst 2007 wurde der Behörde der Status eines Ministeriums verliehen. Seither kann es Gesetzesvorschläge initiieren und das eigene Budget mit dem Wirtschaftsministerium aushandeln. Der neue Status verleiht der Verteidigung zudem einen größeren symbolischen Stellenwert in der japanischen Politik (Tatsumi und Jimbo 2007).

derte sich auch mit der Umwandlung zu einem Ministerium im Jahr 2007 nur zögerlich.¹⁴

Der große Einfluss unterschiedlicher Ministerien auf die Sicherheitspolitik stand einer kohärenten Sicherheitspolitik entgegen, da die Einzelakteure nicht selten gegensätzliche Ziele verfolgten. Dieses stark segmentierte System (*tatewari gyōsei*) erschwerte es zudem Reformen durchzusetzen. Japan wirkte entsprechend in seinen außenpolitischen Maßnahmen häufig „reaktiv“, wie es des Politikwissenschaftler Kent Calder in seinem vielfach zitierten Aufsatz *Japanese Foreign Economic Policy Formation: Explaining the Reactive State* (Calder 1988) ausdrückte. Darin argumentiert Calder, dass die japanische Außenpolitik von zwei Eigenschaften geprägt sei. Erstens: Das Land sei nicht dazu in der Lage, unabhängig außenpolitische Initiativen zu ergreifen. Zweitens: Veränderungen erfolgten nur bei ausreichend großem externen Druck (*gaiatsu*) (Calder 1988: 519).

Ein weiteres Problem, das mit dieser fragmentierten politischen Struktur zusammenhing, war die Reaktionsfähigkeit in Krisensituationen. So verfügt der Premierminister über keine klar geregelte Richtlinienkompetenz, was für Verzögerungen insbesondere in einigen Krisensituationen sorgte. Dies zeigte sich bei drei Ereignissen besonders deutlich: beim Golfkrieg 1990, beim Hanshin-Erdbeben 1995 sowie bei der Sarin-Gas Attacke auf die Tokyoter U-Bahn im selben Jahr. In allen Fällen wurde der Regierung vorgeworfen nicht schnell genug gehandelt zu haben (Shinoda 2000: 75).¹⁵

Allerdings waren die Beschränkungen in der Sicherheitspolitik nicht ausschließlich in dem politischen Entscheidungsfindungssystem begründet. Politische Entscheidungsträger selbst schufen aktiv eine Reihe von Gesetzen und Richtlinien, die eine potentielle Militarisierung des Landes verhindern sollten (Pyle 2007: 209).

¹⁴ Eine Veränderung vollzog sich 2014 im Rahmen einer Gesetzesrevision (*Act for Partial Revision of the Ministry of Defense Establishment Act*). Dabei wurde die Anzahl von festen militärischen Mitarbeitern auf 40 festgesetzt (MoD 2014: 370).

¹⁵ Der damalige Premierminister Tomiichi Murayama erfuhr von dem verheerenden Hanshin-Erdbeben erst aus den Morgennachrichten. Da die Zuständigkeiten unter den Ministerien nicht klar geregelt waren scheiterten sie damit, unmittelbar nach der Katastrophe wichtige lebensrettende Maßnahmen untereinander abzustimmen. Erst nach neun Stunden wurde das Militär entsandt um Hilfe zu leisten. Nach Takeshi Sasaki, einem Politikwissenschaftler der Tokyo Universität, symbolisierte diese Handlungsunfähigkeit die Schwäche des politischen Systems (*New York Times* 14.1.1995).

Zu den Wichtigsten zählen:

- 1954: Verbot von Auslandseinsätzen der SDF (*Laws establishing the SDF and the Defense Agency*)
- 1954: Verzicht auf kollektive Selbstverteidigung (Richtlinie des Legislativbüro des Kabinetts)
- 1957: Verzicht auf den Ausbau der militärischen Abschreckungsfähigkeit¹⁶ (*Basic Policy for National Defense*)
- 1967: Verbot der Zusammenarbeit mit anderen Staaten bezüglich militärischer Technologien (*Ban on Arms Exports*)
- 1967: Verbot von Waffenexporten (*Ban on Arms Exports*)
- 1967: Verzicht auf Nuklearwaffen (*Three Non-Nuclear Principles*)
- 1969: Erklärung, dass Japan den Weltraum nicht für militärische Zwecke nutzen wird (*Principle of Peaceful use of Space*)
- 1976: Festlegung einer Obergrenze von 1 % des BSPs für Militärausgaben (*One Percent Ceiling*)

4. DIE SICHERHEITSPOLITISCHEN REFORMEN VOR DER ABE ADMINISTRATION

Doch trotz dieser Initiativen, wurden grundlegende sicherheitspolitische Reformen nicht erst mit dem Amtsantritt von Premierminister Shinzō Abe vorgenommen. Wie zuvor erwähnt wurde, gewann infolge des Kuwait-Traumas 1990/1991 zunehmend eine politische Strömung an Einfluss, die eine Abkehr der militärisch passiven Haltung Japans für erforderlich hielt.¹⁷ Die sicherheitspolitische Leitfrage mit der sich alle japanischen Administrationen nach dem Ende des Kalten Kriegs auseinandersetzten, wurde vom damaligen LDP-Generalsekretär Ichirō Ōzawa folgendermaßen pointiert formuliert: „Wie kann Japan, das so abhängig von Weltfrieden und Stabilität ist, sich seiner internationalen sicherheitspolitischen Verantwortung entziehen?“ (Ōzawa 1994: 95).

Die angestrebte Normalisierung der Außen- und Sicherheitspolitik war aber zweifellos eine Aufgabe, die einen langen Atem erforderte. Zum einen mussten hierfür die selbstaufgelegten Einschränkungen beseitigt,

¹⁶ Die SDF Fähigkeit sollte entsprechend den merkantilistischen Prinzipien nur soweit ausgebaut werden, wie es zur Selbstverteidigung notwendig ist. Vergleiche hierzu Abschnitt zwei.

¹⁷ Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht bereits früher Reformen stattfanden. So hat man etwa 1983 das Waffenexportverbot zum Teil aufgehoben, indem man per Gesetz den Transfer von Waffentechnologien an die USA ermöglichte. Dabei ging es primär um Computerkomponenten zu denen Halbleiter, Mikroelektronik und Faseroptik gehörten (Keddell 1993: 120).

zum anderen eine Struktur aufgebaut werden, welche in der Lage sein würde, sicherheitspolitische Herausforderungen zu erkennen und darauf angemessen zu reagieren.

Die erste wichtige Reform in dieser Hinsicht setzte sich zum Ziel, das grundsätzliche Verbot zur Beteiligung des Militärs an Auslandseinsätzen zu beseitigen. Mit dem Gesetz für die Beteiligung an UN legitimierten Internationalen Friedenseinsätzen (*Act on Cooperation for United Nations Peacekeeping Operations and Other Operations*), das unter dem Kabinett Ki-ichi Miyazawa (1991–1993) im Jahr 1992 verabschiedet wurde, konnten die SDF sowohl an friedenserhaltenden Missionen (*Peacekeeping Operations*, PKO) als auch an Katastrophen- und Wahlbeobachtungseinsätzen der UN teilnehmen (Cabinet Office 1992).¹⁸ Unter Premierminister Jun'ichirō Koizumi (2001–2006) wurde der Einsatzbereich erweitert. Zwei Gesetze, das Anti-Terror Gesetz 2001 (*Anti-Terrorism Special Measures Law*) und das Sondergesetz zur Unterstützung des Wiederaufbaus des Iraks 2003 (*Law Concerning the Special Measures on Humanitarian and Reconstruction Assistance in Iraq*), erlaubten die Beteiligung der SDF an US-geführten Einsätzen gegen den Terrorismus in Afghanistan und im Irak. Das Besondere an diesen Einsätzen war, dass sie nicht direkt bzw. gar nicht durch die UN legitimiert waren.¹⁹ Damit war klar, dass Einsätze der SDF außerhalb des UN-Rahmens nun grundsätzlich möglich sind. 2009 wurde das Anti-Piraterie-Gesetz (*Law on the Penalization of Acts of Piracy and Measures Against Acts of Piracy*) unter Premier Tarō Asō (2008–2009) verabschiedet, das den SDF Einsatz zum Schutz von Handelsschiffen vor der Küste Somalias ermöglichte (Fukushima 2011: 65–66, 69). Auf dieser Grundlage baute Japan 2011 eine Militärbasis für seine Einsätze in der Region in Djibouti, die erste außerhalb japanischen Territoriums seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs (*Japan Times* 2.7.2011).

Weitere Reformen, die die Kooperation bei Waffenentwicklung und Waffenexporten sowie die militärische Nutzung des Weltraums verbessern sollten, wurden nach der bereits erwähnten Taiwankrise 1996 und Nordkoreas Raketentest von 1998 initiiert. Die japanische Regierung verstand beide Vorfälle als Hinweise auf die Notwendigkeit fortgeschrittene

¹⁸ Auf Grundlage dieses Gesetzes begann Japan sich aktiv an PKO mit Einsatzkräften zu beteiligen. Die ersten Einsätze erfolgten in Kambodscha (1992) Mozambique (1994) und Ruanda (1994) (MOFA 1996).

¹⁹ Der Afghanistan-Einsatz wurde dabei mit dem Recht auf Selbstverteidigung gerechtfertigt. Er war jedoch nicht eindeutig von der UN legitimiert (The Parliament of UK 2010). Im Fall des Irak-Einsatzes ging der Generalsekretär der UN, Kofi Annan, soweit, dass er diesen vom UN-Standpunkt aus als illegal bezeichnete (*BBC News* 16.9.2004).

Militärtechnologien zu entwickeln, die besseren Schutz gegen die Bedrohung durch Mittelstreckenraketen in der Region bieten würde. Als Nordkorea 1998 erfolgreich seine Taepodong-1 Rakete testete, beschloss die Regierung unter Keizō Obuchi (1998–2000) einen Raketenabwehrschirm (*Ballistic Missile Defense*, BMD) in Kooperation mit den USA (*Joint Technology Research for Navy Theater Wide Theater Ballistic Missile Defenses*) zu entwickeln.²⁰ Dieses Projekt betraf nicht nur die gemeinsame Forschung im militärischen Bereich, sondern auch die Entwicklung und Beschaffung bzw. Bereitstellung von Waffensystemen (Jimbo 2002: 2). Die Obuchi Administration erklärte 1999, dass die Nutzung von Satellitentechnologien für die Entwicklung des BMDs rechtmäßig sei, trotz des Beschlusses von 1969, der Japan die militärische Nutzung des Weltraums untersagte (US Department of State 2002: 25). Im Zuge der konkreten Umsetzung lockerte schließlich 2004 Premierminister Koizumi das Waffenexportverbot für BMD-relevante Waffen (Murayama 2012). Wie schon bei der Beteiligung der SDF an Auslandseinsätzen, so zeigt sich auch beim BMD-Projekt, dass Restriktionen, in diesem Fall Exportverbote für Waffen, durch Ausnahmeregelungen umgangen werden konnten. Dies zeigt auch die Entscheidung der Regierung Koizumi, den Export von Patrouillenbooten an Indonesien 2006 zur Bekämpfung von Piraterie im Rahmen der Japanischen ODA zu genehmigen, obwohl diese eigentlich als Waffen klassifiziert sind und somit dem Exportverbot unterliegen (MoFA 2006).

Die Lockerung der Waffenexporte hatte auch eine wichtige finanzielle Komponente. Das Waffenexportverbot, das eine internationale Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Produktion (*research and development*, R&D) von Militärtechnologien untersagte, führte dazu, dass die SDF ihre Ausrüstung ausschließlich von heimischen Unternehmen beziehen musste. Dies war aufgrund des vergleichsweise geringen Produktionsvolumens der heimischen Rüstungskonzerne sehr kostspielig (*Japan Times* 28.6.2014). Während die vorhergegangenen LDP-Administrationen bereits Kooperationen mit den USA ermöglichten, weitete die DPJ-geführte Regierung unter Premierminister (2011–2012) Yoshihiko Noda diese Regelung aus und öffnete den Weg für internationale R&D-Kooperationen (Kantei 2011).²¹ Die langfristige Senkung der militärischen Anschaffungskosten ermöglicht es Japan, die SDF aufzurüsten, ohne gegen die Begrenzung des Militärhaushalts auf maximal 1 % des Bruttoinlandsprodukts zu verstoßen. Diese Kostensenkung ist zentral für die neue Militärstrategie, welche zunehmend auf Machtprojektion setzt, was den Ausbau der SDF voraussetzt.

²⁰ Für Details des BMD siehe *Japan and Ballistic Missile Defense* von Michael D. Swaine, Rachel M. Swanger und Takashi Kawakami (2001).

²¹ Etwa bei der Entwicklung von Stealth-Flugzeugen wie der F-35.

Die offensivere Neuausrichtung der Sicherheitsstrategie wurde während der DPJ-Regierungszeit beschlossen, nachdem es im September 2010 zu einer Kollision zwischen einem chinesischen Fischerboot und einem Boot der japanischen Küstenwache in den Gewässern der durch Japan verwalteten Senkaku-Inseln (chin.: Diaoyu) kam (*Japan Times* 23.9.2010). Die Verteidigungsleitlinie des Landes (*National Defense Program Guidelines*), die noch im selben Jahr verfasst wurde, erwähnte nun erstmals den Ausbau der militärischen Abschreckung (*deterrence*) als ein neues Ziel. Diese sollte der neuen „dynamischen Verteidigungsstrategie“ dienen, welche auf einer Verbesserung der militärischen Fähigkeiten basiert. Der Ausbau wurde als wesentlich für die Stabilisierung der Region um Japan charakterisiert. In dem Papier heißt es (MoD 2010: 6-7):

Clear demonstration of national will and strong defense [...] is a critical element for ensuring credible deterrence and will contribute to stability in the region surrounding Japan. To this end, Japan needs to achieve greater performance with its defense forces through raising levels of equipment use and increasing operations tempo, placing importance on dynamic deterrence, which takes into account such an operational use of the defense forces.

Die DPJ unter der Noda Administration plante darüber hinaus die Schaffung eines National Security Council (NSC, *Kokka Anzen Hoshō Kaigi*), das eine zentrale Steuerung der Sicherheitspolitik übernehmen sollte (MoD 2010: 6), sowie eine gesetzliche Grundlage zur Ermöglichung der kollektiven Selbstverteidigung (*Asahi Shinbun* 10.7.2012). Doch bevor diese Pläne umgesetzt werden konnten, übernahm, nach den Unterhauswahlen am 16. Dezember 2012, die LDP unter Shinzō Abe die Regierungsgeschäfte.

5. DIE SICHERHEITSPOLITISCHEN REFORMEN UNTER ABE

Betrachtet man die sicherheitspolitischen Änderungen, die vor Abes Amtszeiten stattfanden, wird deutlich, dass zahlreiche sicherheitspolitische Selbstbeschränkungen bei seinem ersten Amtsantritt 2006 bereits geschwächt oder beseitigt waren. Auch wenn viele dieser Abweichungen lediglich auf Ausnahmeregelungen basierten, so weisen sie doch eindeutig in Richtung einer aktiveren Außen- und Sicherheitspolitik. Der größte Unterschied zu seinen Amtsvorgängern besteht in der Offenheit und Systematik mit der Abe sicherheitspolitische Reformen durchzusetzen versucht. Als erster Premierminister überhaupt bekundete er die Absicht

durch Reformen eine grundlegende sicherheitspolitische Leitlinie schaffen zu wollen, die er als „proaktiven Pazifismus“ (*sekiyokuteki heiwashugi*) bezeichnet.

Für die Umsetzung macht er dabei insbesondere von der Möglichkeit Gebrauch innerhalb des Kabinettssekretariats, das unter seiner direkten Aufsicht steht, Ausschüsse zu schaffen, die seine Expertise im Bereich der Sicherheitspolitik auszubauen helfen und ihn unabhängiger von der Ministerialbürokratie machen.²² Zunächst gründete er im September 2006 einen Fachausschuss zur Stärkung des Premierministers in Sicherheitsfragen (*Council on the Strengthening of the Functions of the Prime Minister's Office Regarding National Security*), dem er selbst vorsah (Kantei 2006a). Da eine sicherheitspolitische Neuordnung auch zahlreiche juristische Fragen nach sich zog, gründete er im Mai 2007 einen weiteren Ausschuss zur Reformierung der rechtlichen Basis für Sicherheit (*Advisory Panel on Reconstruction of the Legal Basis for Security*) unter dem Vorsitz des international angesehenen Rechtswissenschaftlers Shunji Yanai, der später das Amt des Präsidenten des Internationalen Seegerichtshofs in Hamburg übernahm (Kantei 2007a).

Der erste Fachausschuss kam zu der Einsicht, dass die fragmentierte politische Struktur in sicherheitspolitischen Belangen nicht handlungsfähig sei und darüber hinaus auch nicht in der Lage sei, eine einheitliche Sicherheitsstrategie durchzusetzen, welche schlussendlich von allen Institutionen eingehalten würde. Um diese Schwächen zu überwinden, wurde die Schaffung eines „Kontrollzentrums“ (*shireitō*) empfohlen, das direkt dem Premierminister unterstehen sollte und alle außenpolitischen Maßnahmen der Regierung in Einklang bringen sollte. Das Gremium sollte dabei auch kontinuierlich Informationen über die sicherheitspolitischen Entwicklungen sammeln und dem Premierminister direkt berichten (Kantei 2007b). Der zweite Fachausschuss untersuchte die rechtliche Handlungsfähigkeit Japans in militärischen Belangen anhand von vier Beispielen, die von der Abe-Administration vorgegeben worden waren: die Verteidigung eines US-Marineschiffs auf hoher See bei einer gemeinsamen Übungsfahrt, das Abfangen einer ballistischen Rakete mit den USA als Ziel, die Nutzung von Waffen innerhalb von PKO-Missionen und die logistische Unterstützung anderer Länder im Rahmen von PKO-Missionen. Der Fachausschuss kam zu dem Schluss, dass Japan in allen vier Fällen aufgrund der damaligen verfassungsrechtlichen Interpreta-

²² Dies wurde durch administrative Reformen, die unter den Premierministern Ryūtarō Hashimoto (1996–1998) und Keizō Obuchi (1998–2000) ausgearbeitet wurden und 2001 in Kraft traten, ermöglicht (Shinoda 2013: 67–75).

tion handlungsunfähig sein würde.²³ Der 2008 veröffentlichte Abschlussbericht empfahl eine Re-Interpretation der Verfassung, welche die Ausübung der kollektiven Verteidigung in Fällen, die unmittelbar die japanische Sicherheit betreffen, ermöglichen würde. Indirekt wurde dabei auch die Aufgabe des Waffenexportverbots vorgeschlagen, damit Japan künftig UN-Friedenseinsätze mit Waffen und Geräten unterstützen könne (Kantei 2008).

In seiner ersten Amtszeit wertete Abe zudem den Status der Verteidigungsbehörde zu dem eines Ministeriums auf (vgl. Abschnitt 3). Er legte überdies die rechtlichen Grundlagen für ein nationales Referendum zur Revision der Verfassung.²⁴ Doch, sowohl in seinem Vorhaben, einen nationalen Sicherheitsrat zu schaffen, als auch die Verfassung im Sinne der Ermöglichung einer kollektiven Selbstverteidigung neu zu interpretieren, scheiterte er. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die oppositionelle DPJ die Mehrheit bei den Oberhauswahlen im Juli 2007 erlangte und Gesetzesvorhaben der Regierung durch ihre Mehrheit im Oberhaus stark verzögern konnte. Premierminister Abe trat schließlich im September 2007 zurück und kehrte 2012 – zu einem Zeitpunkt, der sich für sicherheitspolitische Reformen als deutlich günstiger erweisen sollte – ins Amt zurück (Hook 2010: 115). Seit 2010 verfügt die LDP über die Mehrheit im Oberhaus, was Abe das Durchsetzen von Gesetzesvorhaben nach der gewonnenen Unterhauswahl 2012 erleichterte, denn die politisch verfahrenere Situation, die durch die gegensätzlichen Mehrheiten im Ober- und Unterhaus (*nejire kokkai*) entstanden war, war damit aufgelöst. Günstig wirkte sich auch aus, dass innerhalb der DPJ der Einfluss der Normalisten deutlich zugenommen hatte, was letztlich einen parteiübergreifenden Konsens in Sicherheitsfragen ermöglichte (vgl. Abschnitt vier).

²³ Siehe dazu die Stellungnahme der Regierung Kakuei Tanakas (1972–1974) zur Vereinbarkeit der Verfassung mit dem Recht auf kollektive Selbstverteidigung (*Shūdantekijieiken to kenpō to no kankei*), die am 14. Oktober 1972 dem Parlament vorgestellt wurde. Darin heißt es, dass Japan zwar das Recht der individuellen, jedoch nicht der kollektiven Selbstverteidigung habe. Dieser Standpunkt wurde 1981 durch den damaligen LDP-Premierminister Zenko Suzuki (1980–1982) bekräftigt.

²⁴ Zwar erlaubt die Verfassung von 1947 die Verfassungsänderung bei einer Zweidrittelmehrheit im Ober- und Unterhaus und einer Mehrheit bei einem Volksreferendum, doch blieben die Details ungeklärt. Mit dem nationalen Referendumsgesetz spezifizierte Abe das Prozedere. Seit 2010 gilt: Ist eine Revision durch das Ober- und Unterhaus beschlossen, muss das Volksreferendum frühestens nach 60 und spätestens nach 180 Tagen stattfinden (*Japan Times* 18.5.2010).

Abe kam auch auf die Empfehlungen des Fachausschusses zur Stärkung des Premierministeramtes in Sicherheitsfragen aus seiner ersten Amtszeit zurück. Im November 2013 nahm das Parlament ein Gesetz zur Einrichtung des *National Security Council* an. Bereits am 4. Dezember 2013 nahm der NSC seine Arbeit auf. Darin vertreten sind der Premierminister, der Kabinettschefsekretär, sowie die Minister für Äußeres und Verteidigung. Sie treffen sich im zweiwöchentlichen Abstand. Steht eine tiefgreifende sicherheitspolitische Entscheidung bevor, werden fünf weitere Ministerien einbezogen: das Ministerium für Innere Angelegenheiten und Kommunikation, das Finanzministerium, das Ministerium für Wirtschaft und Industrie, das Ministerium für Land, Infrastruktur, Verkehr und Tourismus und die Nationale Kommission für Öffentliche Sicherheit. In Krisensituation entscheidet allein der Premierminister mit seinem Kabinettssekretär über die Zusammensetzung. Zum NSC gehört auch das Nationale Sicherheitsbüro, das derzeit vom ehemaligen Karrierediplomaten Shōtarō Yachi geleitet wird. Es besteht aus 60 Mitarbeitern (Stand 2016), die aus anderen Ministerien entsandt werden, darunter aus den Außen- und Verteidigungsministerien. Hauptaufgabe des Sicherheitsbüros ist es, den Premierminister laufend über die aktuelle sicherheitspolitische Lage zu unterrichten. Dafür wurden sechs Abteilungen gebildet. Die eine Hälfte der Abteilungen ist mit allgemeiner Administration, Strategie und Informationsbeschaffung betraut, den anderen Abteilungen sind spezifische Themen zugeordnet. Dazu gehören Kooperationen und Allianzen, China und Nordkorea sowie übrige Regionen. Mit dem NSC hat Abe erstmalig eine politische Institution geschaffen, die alle sicherheitspolitischen Entwicklungen der Region verfolgt und in der Lage ist, mit Ministerien-übergreifenden Strategien Antworten darauf zu finden (Harano 2013; Hosoya 2014; MoD 2013: 105–106).

Weitere Empfehlungen des Ausschusses konnte Abe ohne größere Mühen umsetzen. So setzte er 2014 das bereits stark geschwächte Exportverbot²⁵ fast vollständig außer Kraft und etablierte neue Regelungen zu Waffenexporten (*Three Principles of Defense Equipment Transfer*). Danach können Waffen exportiert werden, sofern die Exporte nicht gegen internationale Bestimmungen verstoßen und sofern sichergestellt ist, dass sie zum internationalen Frieden beitragen (MoFA 2014b).

Die Re-Interpretation der Verfassung jedoch, die ebenfalls auf der Empfehlung des Ausschusses zur Reformierung der rechtlichen Basis

²⁵ De facto wurde das Waffenexportgesetz bereits während der DPJ Regierungszeit (2009–2012) außer Kraft gesetzt (Satō 2014).

fuß, gestaltete sich schwieriger, da dieses Vorhaben große Proteste der Öffentlichkeit und der Opposition hervorrief.²⁶ Doch schließlich gelang es Abe am 19. September 2015 ein Gesetzespaket im Parlament zu verabschieden, das unter anderem die kollektive Selbstverteidigung ermöglicht. Dieses Paket enthielt auch ein weiteres wichtiges Gesetz, wonach SDF-Truppen zur Unterstützung von Missionen entsandt werden können, die von der UNO autorisiert wurden. Zuvor war dies nur durch eine Sondergenehmigung des Parlaments möglich (*Japan Times* 19.9.2015).

6. DIE AUSWIRKUNGEN DER SICHERHEITSPOLITISCHEN REFORMEN UNTER ABE

Premierminister Abe hat nach seinem erneuten Amtsantritt 2012 die wichtigsten Empfehlungen der Kommissionen aus seiner ersten Amtszeit umsetzen können – insbesondere die Schaffung des NSC und die Ermöglichung der kollektiven Selbstverteidigung sind hier zu nennen. Welche konkreten Auswirkungen diese Gesetze haben, soll im Folgenden erläutert werden.

Von besonderer Bedeutung ist dabei die erhöhte Kontrollmöglichkeit des Premierministers bei der Einhaltung der ersten sogenannten „nationalen Sicherheitsstrategie“ (*National Security Strategy*, NSS) (Kantei 2013). Diese wurde vom Ausschuss des Kabinettsbüros für Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten (*Council on Security and Defense Capabilities*) ausgearbeitet und trat im Dezember 2013 in Kraft (Kantei 2013). Die NSS gibt die zentrale Leitlinie für alle außenpolitischen Bereiche (Diplomatie, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik) vor, mit dem Ziel die einzelnen Komponenten der Sicherheitspolitik des Landes zu harmonisieren (Kantei 2013: 2).²⁷

Erste Auswirkungen der NSS sind in der japanischen Entwicklungshilfe ODA sichtbar, die in der Vergangenheit nahezu ausschließlich wirtschaftspolitische Ziele verfolgte (Arase 1995). In einer neuen Charter (*Development Cooperation Charter*) aus dem Jahr 2015 wird jedoch unmissverständlich klar gemacht, dass die ODA nun fester Bestandteil

²⁶ Als der Oberhausvorsitzende Yoshitada Konoike die Gesetzesentwürfe am 17. September 2015 zur Abstimmung ankündigte, attackierten Abgeordnete der Opposition ihn körperlich, um so die Abstimmung zu verhindern (*Japan Times* 17.9.2015).

²⁷ Vgl. hierzu auch den Artikel *The Turnabout of Japan's Security Policy: Toward „Proactive Pacifism“* von Shin'ichi Kitaoka (2014).

der neuen NSS ist (MoFA 2015a), ihr somit eine dezidiert sicherheitspolitische Dimension zugesprochen wird. Parallel mit der Abschaffung der über fünfzig Jahre geltenden Waffenexportgesetze, die Abe 2014 erwirkte (*Japan Times* 1.4.2014), kann Japan nun unter Nutzung seiner ODA, nicht nur Küstenwachen in Südostasien trainieren, sondern sie auch mit Patrouillenbooten ausrüsten, welche früher vom Ministerium für Wirtschaft und Industrie als Waffen deklariert worden waren (METI 2005). Zum einen hilft Japan damit, die Piraterie und den politischen Extremismus in der Region zu bekämpfen. Zum anderen erhöht es die Verteidigungsfähigkeit der einzelnen Länder – vermutlich auch damit diese stärker gegen Chinas Territorialansprüche in der Region vorgehen können. Derlei „quasimilitärische“ Unterstützung²⁸ ist inzwischen zu einem festen Bestandteil der japanischen ODA geworden. So hat Japan bereits Verträge zur Übergabe von zehn Patrouillenbooten an die Philippinen und von sechs an Vietnam beschlossen (MoFA 2015b). Es handelt sich dabei um Länder, die aktuell am stärksten von Territorialdisputen mit China betroffen sind. Darüber hinaus wird derzeit in Erwägung gezogen, auch die indonesische und die sri-lankische Küstenwache mit Patrouillenbooten zu stärken (*Japan Times* 18.12.2014).

Die NSS mit ihrem erweiterten Fokus auf internationale Wirtschaftspartnerschaften beeinflusst auch die konkrete Ausrichtung von Japans Handelspolitik, insbesondere im Hinblick auf die asiatisch-pazifische Region. Während in der Vergangenheit primär auf reine Wirtschaftsinteressen geachtet wurde, gewinnen nun auch in diesem Feld sicherheitspolitische Aspekte zunehmend an Gewicht. Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreement*, EPA) mit Australien, das Abe im Juli 2014 unterzeichnete, kann als ein Ergebnis dieser neuen Politik interpretiert werden, da es geht mit verstärkter militärischer Kooperation einhergeht (Wilkins 2014). Dies gilt ebenso für die Transpazifische Partnerschaft (*Trans-Pacific Partnership*, TPP), ein im Februar 2016 unterzeichnetes Freihandelsabkommen, das in seiner jetzigen Form China ausschließt.²⁹ So stellte der ehemalige Wirtschaftsminister Akira Amari (2012–2016) in einem Interview mit der *Nikkei Asian Review* klar:

²⁸ Einheiten der Küstenwache werden nicht zum Militär gezählt. Vergleiche hierzu „*New Fighting Power!*“ *Japan's Growing Maritime Capabilities and East Asian Security* von Richard Samuels (2008a).

²⁹ Das transpazifische Partnerschaftsabkommen ist ein Freihandelsabkommen zwischen Japan, den USA, Australien, Brunei, Chile, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam.

East Asia is a very unstable region. There's Chinese hegemony, there's North Korea, and amid all this comes America's presence by virtue of the [regional] economy. The TPP is an economic matter, but it will contribute to regional stability as an indirect [form of] security. Eventually, China will have no choice but to join (*Nikkei Asian Review* 9.10.2015).

Das neue Recht der kollektiven Selbstverteidigung ist vor allem in Bezug auf die Allianz mit den USA von großer Bedeutung. Das gilt zunächst für den Fall eines unmittelbaren Angriffs auf Japan. Die Anwendung dieses Rechts in anderen Fällen ist jedoch fraglich, da der tatsächliche Spielraum durch drei Bedingungen eng begrenzt wird: so muss sichergestellt sein, dass es sich um Situationen handelt, die, erstens, eine fundamentale Bedrohung der japanischen Bevölkerung darstellen und, zweitens, keine andere Handlungsmöglichkeit erlauben. Drittens ist die Nutzung der Gewalt stets auf ein Minimum zu beschränken (MoFA 2014a). Dies bedeutet, dass Japan trotz der neuen Interpretation nicht ohne Weiteres in der Lage sein wird, verbündete Staaten bei einem Krieg zu unterstützen, weder in Südostasien noch andernorts. Bezüglich der rechtlichen Grundlage lässt sich somit festhalten, dass die tatsächlichen Auswirkungen der legislativen Änderungen vermutlich geringer sind als von den meisten Kritikern angenommen (Green und Hornung 2014).

7. FAZIT

In der Gesamtschau zeigt sich, dass, den nationalistischen Tönen Abes zum Trotz, die von ihm durchgesetzten Sicherheitsreformen nicht revolutionär, sondern eher evolutionär ausgefallen sind. Im Wesentlichen basieren sie auf Normalisierungsbestrebungen, die bereits Anfang der 1990er Jahre infolge des Kuwait-Konflikts einsetzten. Bestrebungen eine von den USA autonome Sicherheitspolitik durchzusetzen, die unter Umständen auch die Entwicklung von Atombomben erforderlich machen würde, sind bislang nicht erkennbar.

Obwohl die Ideen hinter den Reformen Abes nicht neu sind, so ist doch die Geschwindigkeit, mit der er diese durchsetzen konnte bemerkenswert. Dafür gibt es drei Gründe, die nicht allein auf seine Person zurückzuführen sind: Abe hatte als erster Premierminister seit Koizumi eine vergleichsweise lange Amtszeit.³⁰ Zweitens gab es spätestens seit der

³⁰ Die durchschnittliche Amtszeit japanischer Premierminister ist im internationalen Vergleich kurz. So wechselten sich in den fünf Jahren zwischen Abes erster und zweiter Amtszeit fünf Premierminister ab.

zweiten Amtszeit Abes eine größere überparteiliche Schnittmenge mit der DPJ in Bezug auf sicherheitspolitische Themen. Drittens vermochte Abe Expertenkommissionen, welche erst durch die administrativen Reformen von 2001 ermöglicht worden waren, geschickt zu nutzen, um die Sicherheitspolitik zu zentralisieren und zu vereinheitlichen. Es verwundert daher nicht, wenn Beteiligte, wie etwa der LDP Abgeordnete Ryōta Takeda, bilanzieren: „Die Änderungen in der sicherheitspolitischen Haltung sind nicht auf Abe zurückzuführen, sie waren schlichtweg notwendig. Es ist einfach ein Zufall, dass sie während der Regierungszeit Abes umgesetzt wurden“ (*Japan Times* 20.12.2015).³¹

In Zukunft dürfte sich in der Außenpolitik Japans die Schaffung des NSC als besonders bedeutsam erweisen. Mit dem NSC wurde eine Institution geschaffen, die dem Premierminister erlaubt, alle außenpolitischen Maßnahmen zu koordinieren und zu kontrollieren. Die Einbindung der ODA Charter an die Nationale Sicherheitsstrategie zeigt, wie stark der Einfluss des NSCs bereits ist. Ob der NSC seinen Einfluss weiter ausbauen kann, ist jedoch nicht sicher. Dies hängt im großen Maße davon ab, welchen politischen Wert zukünftige Premierminister dieser Institution beimessen werden.

Fraglich ist zudem, ob weitere sicherheitspolitische Reformen zugunsten einer Normalisierung der Sicherheitspolitik mit Artikel 9 der Verfassung vereinbar sind. Im Juni 2015 erklärte eine von der Regierung eingesetzte Rechtsexperten-Kommission einstimmig, dass das unter der Abe Administration verabschiedete Gesetz, das eine eingeschränkte Form der kollektiven Selbstverteidigung zulässt, verfassungswidrig sei (*Asahi Shinbun* 5.6.2015). Sollte sich diese Sichtweise durchsetzen, wäre zunächst eine Verfassungsänderung notwendig bevor weitere sicherheitspolitische Reformen durchgeführt werden könnten. Dieser Schritt würde jedoch gegenwärtig auf großen oppositionellen und zivilgesellschaftlichen Widerstand stoßen und wäre damit politisch nur schwer durchsetzbar. Allerdings zeigt der Rückblick, dass eine sich verschärfende sicherheitspolitische Entwicklung in Ostasien durchaus zu einem Umdenken führen könnte.

³¹ Für die Einordnung dieser Aussage ist es wichtig zu wissen, dass es sich bei Takeda um ein Mitglied der bereits oben erwähnten nationalistischen *Nippon Kaigi* handelt. Diese sieht eine stärkere internationale Stellung Japans als längst überfällig an.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abe, Shinzō (2013): *Atarashi kuni e utsukushi kuni e* [Auf dem Weg in ein Neues und Schönes Land]. Tokyo: *Bungei shunjū*.
- Amaya, Naohiro (1980): *Chōnin koku: nihon tedai no kurigoto* [The complaints of a clerk in „Japan: the merchant nation“]. Tokyo: *Bungei shunjū* 58: 218–236.
- Arase, David (1995): *Buying power?: The political economy of Japan's foreign aid*. Boulder Colorado: Lynne Rienner Publishers.
- Cabinet Office (2015): *Jieitai bōeimondai ni kansuru yoron chōsa heisei 27* [Meinungsumfrage zu den Selbstverteidigungsstreitkräften und Verteidigungsangelegenheiten 2014]. <http://survey.gov-online.go.jp/h26/h26-bouei/index.html> (letzter Zugriff am 23.6.2015).
- (1992): *Act on cooperation for United Nations peacekeeping operations and other operations*. http://www.pko.go.jp/pko_j/data/law/pdf/law_e.pdf (letzter Zugriff am 19.6.2015).
- Calder, Kent E. (1988): Japanese foreign economic policy formation: Explaining the reactive state. *World Politics* 40: 517–541.
- Fukushima, Akiko (2011): The merits of alliance: A Japanese perspective – Logic underpins Japan's global and regional security role. In: Ikenberry, G. John, Sato, Yoichiro und Inoguchi, Takashi (Hg.): *The U. S.-Japan security alliance*. New York: Palgrave Macmillan: 53–74. <http://www.palgraveconnect.com/doi/10.1057/9780230120150.0004> (letzter Zugriff am 18.2.2015).
- Green, Michael J. und Hornung, Jeffrey W. (2014): Ten myths about Japan's collective self-defense change. *Diplomat*. <http://thedi diplomat.com/2014/07/tenmyths-about-japans-collective-self-defense-change/> (letzter Zugriff am 31.1.2016).
- Harano, Jōji (2013): *Japan launches its own national security council*. <http://www.nippon.com/en/behind/100050/> (letzter Zugriff am 26.2.2015).
- Hirata, Keiko (2008): Who shapes the national security debate? Divergent interpretations of Japan's security role. *Asian Affairs: An American Review* 35: 123–151.
- Hook, Glenn D. (2010): *Decoding boundaries in contemporary Japan: The Koizumi administration and beyond*. Abingdon Oxon: Routledge.
- Hosoya, Yuichi (2014): *The role of Japan's national security council*. http://www2.jiia.or.jp/en_commentary/201406/17-1.html (letzter Zugriff am 10.3.2015).
- Jimbo, Ken (2002): *A Japanese perspective on missile defense and strategic coordination*. http://www.jiia.or.jp/pdf/asia_centre/jimbo_0207.pdf (letzter Zugriff am 7.3.2016).
- Johnson, Chalmers (1982): *MITI and the Japanese miracle: The growth of industrial policy, 1925–1975*. Stanford, California: Stanford University Press.
- Kantei (2013): *National security strategy of Japan 2013*. http://japan.kantei.go.jp/96_abe/documents/2013/_icsFiles/afieldfile/2013/12/17/NSS.pdf (letzter Zugriff am 22.1.2015).
- (2011): *Statement by the chief cabinet secretary on guidelines for overseas transfer of defense equipment etc.* http://www.google.co.jp/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&ved=0CB4QFjAA&url=http%3A%2F%2Fjapan.kantei.go.jp%2Fnode%2Ftopics%2F201112%2F20111227DANWA_e.pdf&ei=GF39VKKPGtOA8gWS94HIAw&usq=AFQjCNHSfgPgrGipgc9O5GMFdeMTjmlcYg&sig2=4voZmK_8mrHdtBqQEJ0eMw&bvm=bv.87611401,d.dGc (letzter Zugriff am 17.1.2015).

- (2008): *Report of the advisory panel on reconstruction of the legal basis for security*. <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/anzenhosyou/report.pdf> (letzter Zugriff am 24.5.2015).
 - (2007a): *Anzen hoshō no hōteki kiban no sai kōchiku ni kansuru kondan-kai* [Erster Fachausschuss zur Reformierung der Rechtsgrundlagen für Sicherheit]. <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/anzenhosyou/index.html> (letzter Zugriff am 15.6.2015).
 - (2007b): *Hōkoku-sho kokka anzen hoshō ni kansuru kantei kinō kyōka kaigi* [Abschlussbericht des Fachausschusses zur Stärkung des Premierministers in Sicherheitsfragen]. <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/anzen/070227houkoku.pdf> (letzter Zugriff am 29.1.2016).
 - (2006a): *Kokka anzen hoshō ni kansuru kantei kinō kyōka kaigi* [Fachausschuss zur Stärkung der Funktionen des Premierministers in Sicherheitsangelegenheiten]. <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/anzen/> (letzter Zugriff am 14.6.2015).
 - (2006b): *Policy speech by Prime Minister Shinzo Abe*. http://japan.kantei.go.jp/abespeech/2006/09/29speech_e.html (letzter Zugriff am 25.1.2016).
- Kato, Hideki (2006): *Rebuilding Japanese politics by establishing self-governance in political parties: A challenge for the new administration*. <http://www.tokyofoundation.org/en/articles/2009/rebuilding-japanese-politics-by-establishing-self-governance-in-political-parties-1-a-challenge-for-the-new-administration> (letzter Zugriff am 25.1.2016).
- Katzenstein, Peter (1996): *Cultural norms and national security: Police and military in postwar Japan*. Ithaca, N.Y.: Cornell University Press.
- Keddell, Joseph P. (1993): *The politics of defense in Japan: Managing internal and external pressures*. Armonk, N.Y.; London, England: M. E. Sharpe.
- Kitaoka, Shinichi (2014): *The turnabout of Japan's security policy: Toward „proactive pacifism“*. <http://www.nippon.com/en/currents/d00108/> (letzter Zugriff am 25.1.2015).
- METI (2005): *Japan's policies on the control of arms export*. http://www.meti.go.jp/policy/anpo/securityexportcontrol1_3_1.html (letzter Zugriff am 16.1.2015).
- Mochizuki, Mike M. (1983): Japan's search for strategy. *International Security* 8: 152–179.
- MoD (2014): *Defense of Japan 2014 (annual White Paper)*. http://www.mod.go.jp/e/publ/w_paper/2014.html (letzter Zugriff am 5.3.2016).
- (2013): *Defense of Japan 2013 (annual Whitepaper)*. http://www.mod.go.jp/e/publ/w_paper/e-book/2013/index2.html (letzter Zugriff am 29.1.2016).
 - (2010): *National defense program guidelines 2010*. http://www.mod.go.jp/e/d_act/d_policy/pdf/guidelinesFY2011.pdf (letzter Zugriff am 17.1.2015).
- MoFA (2015a): *Development cooperation charter 2015*. <http://www.mofa.go.jp/files/000067701.pdf> (letzter Zugriff am 11.7.2015).
- (2015b): *List of exchange of notes (ODA)*. <http://www.mofa.go.jp/policy/oda/note/index.html> (letzter Zugriff am 4.1.2016).
 - (2014a): *Cabinet decision on development of seamless security legislation to ensure Japan's survival and protect its people*. http://www.mofa.go.jp/fp/nsp/page23e_000273.html (letzter Zugriff am 7.7.2015).
 - (2014b): *The three principles on transfer of defense equipment and technology*. http://www.mofa.go.jp/press/release/press22e_000010.html (letzter Zugriff am 18.6.2015).

- (2006): *Grant aid to Indonesia for the project for construction of patrol vessels for the prevention of piracy, maritime terrorism and proliferation of weapons*. <http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2006/6/0616-3.html> (letzter Zugriff am 16.1.2015).
- (1996): *U.N. Peace-keeping operations*. <http://www.mofa.go.jp/policy/un/pamph96/un.html> (letzter Zugriff am 7.3.2016).
- Murayama, Yūzō (2012): *A review of the three principles on arms exports*. <http://www.nippon.com/en/currents/d00016/> (letzter Zugriff am 17.1.2015).
- Nagai, Yonosuke (1985): *Gendai to senryaku* [Strategien in der Gegenwart]. Tokyo: Bungei shunjū.
- Nakanishi, Hiroshi (2011): *The gulf war and Japanese diplomacy*. <http://www.nippon.com/en/features/c00202/> (letzter Zugriff am 5.7.2015).
- N.N. (20.12.2015): Gulf war trauma kicked off Japan's retreat from pacifism in '91. *Japan Times*. <http://www.japantimes.co.jp/news/2015/12/20/national/politics-diplomacy/gulf-war-trauma-kicked-off-japans-retreat-pacifism-91/> (letzter Zugriff am 4.3.2016).
- (9.10.2015): TPP: Trade deal will reinforce regional security, Japan's Amari says. *Nikkei Asian Review*. <http://asia.nikkei.com/Features/Trans-Pacific-Partnership/Trade-deal-will-reinforce-regional-security-Japan-s-Amari-says> (letzter Zugriff am 29.1.2016).
- (19.9.2015): Diet enacts security laws, marking Japan's departure from pacifism, *Japan Times*. <http://www.japantimes.co.jp/news/2015/09/19/national/politics-diplomacy/diet-enacts-security-laws-marking-japans-departure-from-pacifism-2/> (letzter Zugriff am 29.1.2016).
- (19.9.2015): China urges Japan to act prudently after new security bills enacted. *Xinhua*. http://news.xinhuanet.com/english/2015-09/19/c_134640766.htm (letzter Zugriff am 2.3.2016).
- (17.9.2015): Opposition parties' delaying tactics throw diet into chaos. *Japan Times*. <http://www.japantimes.co.jp/news/2015/09/17/national/politics-diplomacy/opposition-parties-delaying-tactics-throw-diet-chaos/> (letzter Zugriff am 7.3.2016).
- (30.8.2015): Thousands protest Abe, security bills at Diet rally. *Japan Times*. <http://www.japantimes.co.jp/news/2015/08/30/national/thousandsprotest-abe-security-bills-diet-rally/> (letzter Zugriff am 30.1.2016).
- (5.6.2015): Triple shot: Scholars say security legislation „unconstitutional“. *Asahi Shinbun*. <http://www.asahi.com/ajw/> (letzter Zugriff am 07.02.2017).
- (18.12.2014): Japan eyes providing patrol boats to Indonesia to fight piracy. *Japan Times*. <http://www.japantimes.co.jp/news/2014/12/18/national/japan-eyes-providing-patrol-boats-to-indonesia-to-fight-piracy/> (letzter Zugriff am 18.1.2016).
- (28.6.2014): Tooling up for war: Can Japan benefit from lifting the arms export ban?. *Japan Times*. <http://www.japantimes.co.jp/news/2014/06/28/national/politics-diplomacy/tooling-war-can-japan-benefit-lifting-arms-export-ban/> (letzter Zugriff am 4.1.2015).
- (1.4.2014): Abe eases weapons export rules. *Japan Times*. <http://www.japantimes.co.jp/news/2014/04/01/national/politics-diplomacy/abe-easesweapons-export-rules/> (letzter Zugriff am 14.6.2015).

- (10.7.2012): Noda seeks Japan's right to exercise collective self-defense. *Asahi Shinbun*. <http://www.asahi.com/ajw/> (letzter Zugriff am 7.2.2017).
 - (2.7.2011): First overseas military base since WWII to open in Djibouti. *Japan Times*. <http://www.japantimes.co.jp/news/2011/07/02/national/firstoverseas-military-base-since-wwii-to-open-in-djibouti/> (letzter Zugriff am 7.3.2016).
 - (23.9.2010): Japan-China island tensions rise. *Japan Times*. <http://www.japantimes.co.jp/news/2010/09/23/national/japan-china-island-tensionsrise/> (letzter Zugriff am 8.3.2016).
 - (18.5.2010): Referendum law in effect but no amendments eyed. *Japan Times*. <http://www.japantimes.co.jp/news/2010/05/18/national/referendum-law-in-effect-but-no-amendments-eyed/> (letzter Zugriff am 7.3.2016).
 - (16.9.2004): Iraq war illegal, says Annan. *BBC News*. http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/3661134.stm (letzter Zugriff am 8.3.2016).
 - (14.1.1995): Quake in Japan: The leadership – Japan leaders criticized on response to quake. *New York Times*. <http://www.nytimes.com/1995/01/24/world/quake-in-japan-the-leadership-japan-leaders-criticized-on-response-toquake.html> (letzter Zugriff am 5.3.2016).
 - (20.3.1983): How to make a Japanese brouhaha. *Washington Post*. <https://www.washingtonpost.com/archive/opinions/1983/03/20/how-to-make-a-japanese-brouhaha/0e508dd9-105b-4673-98aa-1e63fe8eae08/> (letzter Zugriff am 2.3.2016).
- Ozawa, Ichirō (1994): *Blueprint for a new Japan: The rethinking of a nation*. Tokyo; New York; New York: Kodansha International.
- Pempel, T. J. (1997): Regime shift: Japanese politics in a changing world economy. *Journal of Japanese Studies* 23: 333–361.
- Pyle, Kenneth B. (2007): Author's response: The primacy of foreign policy in modern Japan. *Asia Policy* 4: 208–211.
- Pyle, Kenneth B. (1982): The future of Japanese nationality: An essay in contemporary history. *Journal of Japanese Studies* 8: 223–263.
- Samuels, Richard J. (2008a): „New fighting power!“ Japan's growing maritime capabilities and east asian security. *International Security* 32: 84–112.
- (2008b): *Securing Japan lecture at Brookings institution*. https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2012/04/1112_japan.pdf (letzter Zugriff am 18.2.2015).
 - (2007): Securing Japan: The current discourse. *The Journal of Japanese Studies* 33: 125–152.
- Satō, Heigo (2014): *From the „Three principles of arms exports“ to the „Three principles of defense equipment transfer“*. http://www2.jiia.or.jp/en_commentary/201405/14-1.html (letzter Zugriff am 17.1.2015).
- Shinoda, Tomohito (2013): *Contemporary Japanese politics: Institutional changes and power shifts*. New York: Columbia University Press.
- (2000): *Leading Japan: The role of the Prime Minister*. Westport: Greenwood Publishing Group.
- Söderberg, Marie (2010): Foreign aid as tool for peace building: Is the goal security or poverty reduction?. In: Söderberg, Marie und Nelson, Patricia A. (Hg.): *Japan's politics and economy: Perspectives on change*. New York: Routledge: 99–116.
- Stockwin, James Arthur Ainscow (2008⁴): *Governing Japan – Divided politics in a resurgent economy*. Malden, Mass. [u. a.]: Blackwell Pub.

- Swaine, Michael D., Swanger, Rachel M. und Kawakami, Takashi (2001): *Japan and ballistic missile defense*. Santa Monica, CA: Rand.
- Tatsumi, Yuki und Jimbo, Ken (2007): *From the JDA to the MoD—A step forward, but challenges remain*. <http://www.stimson.org/summaries/fromthe-jda-to-the-moda-step-forward-but-challenges-remain/> (letzter Zugriff am 27.2.2015).
- The Parliament of UK (2010): *The Legal Basis for the Invasion of Afghanistan*. <http://researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/SN05340> (letzter Zugriff am 8.3.2016).
- US Department of Defense (1995): *United States security strategy for the East Asia-Pacific region*. <http://www.ioc.u-tokyo.ac.jp/~worldjpn/documents/texts/JPUS/19950227.O1E.html> (letzter Zugriff am 18.2.2015).
- US Department of State (2002): *Japan-U. S. cooperation on ballistic missile defense: Issues and prospects*. <http://fpc.state.gov/documents/organization/9186.pdf> (letzter Zugriff am 7.3.2016).
- Vogel, Ezra F. (1979): *Japan as number one: Lessons for America*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Walker, Dinah (2014): *Trends in U. S. military spending*. <http://www.cfr.org/defense-budget/trends-us-military-spending/p28855> (letzter Zugriff am 5.3.2016).
- Wilkins, Thomas S. (2014): *Japan's grand strategy and new strategic partnerships*. <http://www.tokyofoundation.org/en/articles/2014/japangrand-strategy> (letzter Zugriff am 31.1.2016).